

Das sogenannte Waldmannische Konkordat

Autor(en): **Rohrer, Franz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Jahrbuch für schweizerische Geschichte**

Band (Jahr): **4 (1879)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-20396>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**DAS SOGENANNTTE
WALDMANNISCHE KONKORDAT.**

VON

FRANZ ROHRER.



Leere Seite
Blank page
Page vide

Es sind namentlich zwei verdiente Forscher und Geschichtschreiber, welche uns von einem merkwürdigen kirchlich-politischen Vertrage des berühmten Bürgermeisters Hans Waldmann mit dem heiligen Stuhl erzählen. Füssli in seiner Biographie Waldmann's von 1780 sagt S. 60 f.: Waldmann habe 1479 bei Anlass eines Bündnisses mit Papst Innocenz VIII. die bisherigen Rechte der Stadt in geistlichen Dingen, nebst seinen eigenen Wünschen, in eine Summe gebracht und durch ermeldeten Papst auf ewig bestätigen lassen. Füssli zählt nun die Rechte und Befugnisse auf, welche der Papst Bürgermeister und Rath von Zürich verliehen.

Bluntschli in seiner Geschichte der Stadt und Republik Zürich, II. Bd. S. 18 ff. — erschien 1847 — verbreitet sich noch einlässlicher über diesen Gegenstand: „Und als der Papst Innocenz VIII. um 1486 die Erneuerung des päpstlichen Bündnisses mit den Eidgenossen betreiben liess, wirkte Waldmann es aus, dass auch dem Papste nicht willfahrt werde, bevor er mit der Stadt ein Konkordat mit Bezug auf die kirchlichen Verhältnisse abschliesse und deren Rechte in ausgedehntem Sinne anerkenne. Innocenz VIII. bequeme sich, um Schweizertruppen zu erhalten, dem stolzen Bürgermeister, der sich einmal in übermüthigem Scherz geäußert hatte: „er sei in Zürich Kaiser und Papst in einer Person“, zu willfahren und die Satzungen der Stadt und Grundsätze Waldmann's, welche in manchen Stücken von dem kanonischen Rechte, wie es die römische Kurie sonst festhielt, abwichen, für Zürich zu genehmigen.“ Unter 18 Nummern wird dann der Inhalt dargelegt. Die Darstellungen späterer Schriftsteller beruhen offenbar auf diesen Berichten; an Zweifeln fehlt es bisweilen nicht, wie Vögeli und Escher,

Gesch. d. schweiz. Eidgenossenschaft I, S. 454 f. — erschien 1855 ff. — am Schluss beifügen: Zwar scheint der Papst seine Einwilligung nie förmlich gegeben, aber ebenso wenig eine ausdrückliche Verweigerung gewagt zu haben. Indess wird hier doch das Jahr 1486 und Papst Innocenz VIII. ganz bestimmt genannt, und noch dazu bemerkt, die Regierung habe diese Rechte in Vollzug gesetzt; nach dem Sturze Waldmann's aber seien sie vorzüglich durch den Einfluss des Klerus in Verfall gerathen.

Ein Konkordat mit so vielfachen, das kanonische Recht abrogirenden Zugeständnissen der kirchlichen an die weltliche Macht, wie sie uns hier vorgeführt werden, wäre allerdings eine der interessantesten Erscheinungen in der Kirchengeschichte. Was grossen Staaten nie gewährt worden, das hätte die kleine Republik Zürich und ihr Bürgermeister erlangt, weil der Papst die tapfern Schweizertruppen so ausserordentlich geschätzt habe, dass er auch um diesen hohen Preis das Bündniss mit den Städten und Ländern des oberdeutschen Bundes nicht zu theuer erkaufte glaubte. Allein gerade dieses Unicum — denn als solches darf das angebliche Konkordat wirklich bezeichnet werden — erregt einiges Bedenken, zumal wenn man die Vorsicht der römischen Kurie in diesen Dingen in Erwägung zieht. Diese Bedenken werden ernster, wenn wir sehen, wie Füssli das Jahr 1479 mit Papst Innocenz VIII. verbindet, während damals noch Sixtus IV. auf dem päpstlichen Stuhle sass¹⁾. Bluntschli dagegen sagt ganz unbestimmt: um 1486. Beide Auktoren stimmen also nicht überein, beide drücken sich unsicher aus. Daraus geht klar hervor, dass sie ihre Angaben weder der Urkunde des Konkordates selbst entnommen, noch überhaupt aus genauen urkundlichen Belegen schöpften: sonst wäre ihre Darstellung nicht so widersprechend und unbestimmt. Durchgeht man auch die bezüglichen Aktenstücke im Staatsarchiv Zürich, wie wir es unter bereitwilligster und verdankenswerthester Unterstützung

¹⁾ Sixtus IV. regierte 1471—1484. Innocenz VIII. 1484—1492.

des Herrn Archivar Dr. J. Strickler gethan, so sucht man vergebens nach der Urkunde des Konkordates. Weit weniger wichtige päpstliche Privilegien, ja einfache Bestätigungsbriefe derselben finden wir sorgfältig aufbewahrt. Schlagen wir in den Rathsbüchern nach, so ist das von 1479 nicht vorhanden, dasjenige von 1486 aber enthält keine Spur von bezüglichen Verhandlungen mit Rom. Kurz, wir konnten nicht nur das hochwichtige Aktenstück selbst nirgends entdecken, sondern fanden auch keine offizielle oder sonst historisch beglaubigte Nachricht über den Abschluss des fraglichen Konkordates. Alles dieses lässt es als sehr zweifelhaft erscheinen, dass ein solcher Vertrag zwischen Papst Sixtus IV. oder Innocenz VIII. und dem Bürgermeister Waldmann je abgeschlossen worden.

Es ist aber nicht nur dieser völlige Mangel an Aktenstücken und beglaubigten Nachrichten, welcher hiefür spricht; sondern wir glauben auch die Quelle selbst gesehen zu haben, aus welcher die Nachrichten bei Füssli und Bluntschli geflossen. Das Staatsarchiv Zürich nämlich hat drei Aktenstücke aufbewahrt, wovon eines in deutscher, die zwei andern in lateinischer Sprache abgefasst sind. Diese Aktenstücke sind an Papst und Cardinäle gerichtet. Sie erweisen sich aber sofort als Entwürfe zu Eingaben an den heiligen Stuhl. Es sind Brouillons mit Korrekturen und Versetzungen, alle drei ohne Datum und Unterschrift. Der Inhalt derselben ist so ziemlich der nämliche; es scheint, man habe das erste Concept in deutscher Sprache entworfen, es dann in's Latein übersetzt und hierauf sorgfältiger im Ausdruck zur unmittelbaren Vorlage für die Reinschrift nach Rom bearbeitet. So wenigstens zeigt sich die Stufenfolge beim Vergleichen. In diesen Entwürfen nun finden wir die Angaben bei Bluntschli fast wörtlich, der Sache nach völlig ganz wieder; offenbar hat er also sie denselben, besonders dem deutschen, entnommen. Füssli fasst sich kürzer, sagt jedoch dasselbe. Dem patriotischen Historiker mochte es nun nahe liegen, diese Projekte dem berühmtesten Bürgermeister Zürich's zuzuschreiben, wie er ja auch das Stanser Verkommniss entworfen haben sollte. Auf

hervorragende Persönlichkeiten fallen ja zunächst die Lichtstrahlen ihrer Zeit. Waldmann hatte auch wirklich nach dieser Richtung eine eingreifende Thätigkeit entfaltet, wie wir aus noch vorhandenen Verordnungen, die aus seiner Zeit stammen, schliessen dürfen. War aber der gewaltige Bürgermeister Waldmann nun der Urheber dieser Entwürfe, dann durfte man es ihm auch zutrauen, dass er von der päpstlichen Macht solch' grossartige Zugeständnisse nicht nur verlangt, sondern sie ihr auch abgerungen habe. Damit hätten wir das Konkordat. Allein da wusste man nicht recht, in welches Jahr man den Abschluss verlegen sollte. 1479, um 1486 — ein greifbarer Anlass wollte sich nirgends bieten; denn reine Militärverträge mit dem Papste dürfen noch nicht als solcher betrachtet werden. Wir gehen desswegen von den Jahren 1479 und 1486 ab und halten es für wahrscheinlich, diese Entwürfe gehören in's Jahr 1510, wo das Bündniss mit Papst Julius II. geschlossen wurde. Auf Verwenden des Cardinals Schinner versprach Julius II. in diesem Vertrage den Eidgenossen nicht nur, ihre bisherigen Privilegien in kirchlichen Dingen zu bestätigen, sondern auf ihre Bitten ihnen auch neue zu gewähren, wenn sie nur nicht Dinge verlangen, die er ihnen nach Recht und Billigkeit — *honestate et rectitudine urgentibus* — verweigern müsse. Auf diese Zusage des Papstes hin gingen zahlreiche sachbezügliche Petitionen nach Rom ab, wozu der Bischof von Sitten die Eidgenossen einlud¹⁾. Es dürfte nun alle Wahrscheinlichkeit für sich haben, dass auch von Zürich dergleichen Gesuche eingereicht wurden, und dass eben die besprochenen Entwürfe den vorher skizzirten Inhalt derselben uns bieten. Die Kernfrage wäre nun: was für eine Antwort kam hierauf zurück? Vorhanden ist keine und wahrscheinlich ist auch keine erfolgt. Die römische Curie hatte bei ihren Zusagen nicht umsonst die angeführte vorsichtige Clausel beigefügt. Bei den Verhandlungen in Bologna im November und Dezember 1510 brachten die eidgenössischen Ge-

¹⁾ Eidgen. Abschiede III. S. 488 u. 489.

sandten dem Papste wiederholt ihre „supplicationes“ hinsichtlich der kirchlichen Privilegien in Erinnerung, erhielten aber nur die ausweichende Antwort, dass diese wichtige Sache längerer Erwägung bedürfe¹⁾. Luzern erhielt nichts; Uri, Schwyz und Unterwalden bekamen 1512 die noch vorhandenen Pergamenturkunden, worin ihnen die bisherige Uebung bei der Wahl der Geistlichen bestätigt wurde. Zürich hätte eben weniger verlangen sollen, wenn es hätte auf Entsprechen rechnen wollen. Vielleicht zu einiger Befriedigung bestätigte Julius II. Zürich 1510 seine bisherigen Privilegien und 1512 noch speziell das später zu besprechende von Papst Sixtus IV.

Wenn wir so wieder zu einem jener negativen Resultate gelangen, welche man der Geschichtsforschung bald zum Verdienste rechnet, bald zum Vorwurfe macht, so dürfen wir hiebei nicht stehen bleiben. Wir zerstören nicht nur, wir wollen auch aufbauen, und so werden wir sehen, dass, wenn auch das besprochene Konkordat als solches nicht existirt, es doch immerhin historische Wahrheit enthält; dass es nichts anderes ist, als die staatskirchenrechtlichen Bestrebungen der Behörden von Zürich zu einem Gesamtbilde gestaltet für die Zeit von den Burgunderkriegen bis zur Reformation. Der Grundriss ist fertig und klaggestellt; die Bausteine sind da, das Gebäude theilweise aufgeführt: da brechen andere Zeiten und Stürme herein, welche die Geister in neue Bahnen lenken.

Den Nachweis für diese Thesis wollen wir in der Weise versuchen, dass wir den dritten und vollendetsten der oben besprochenen Entwürfe²⁾ unserer Untersuchung zu Grunde legend darthun, dass die wichtigsten Bestimmungen desselben theils rechtlich, theils durch Herkommen wirklich in Uebung waren, oder doch ihre Durchführung angestrebt wurde.

Nach der Anrede: Beatissime pater! wird hervorgehoben, wie Zürich durch den Eifer für den apostolischen Stuhl sich

¹⁾ Eidgen. Abschiede III. S. 529 ff.

²⁾ Den Inhalt gibt Beilage I.

auszeichne, und dass seit unvordenklichen Zeiten zwischen dem Bürgermeister und dem Grossen Rath einerseits und dem Klerus mit Zustimmung des Bischofs von Konstanz andererseits zu Fried' und Eintracht gewisse Artikel und Gewohnheiten schriftlich aufgesetzt und immer geübt worden seien. Erstlich dass bei Uebertragung von Pfründen durch Bürgermeister und Rath nicht wegen dieser Uebertragung eine grössere, sondern nur die gewohnte Taxe für die Offizialen gefordert werde. Zweitens dass bei Pfründen, die in den päpstlichen Monaten ledig fallen und nach den erhaltenen Privilegien durch Bürgermeister und Rath vergeben werden, keine Person von der Curie oder sonst ein Geistlicher die Eingesetzten irgend beunruhigen soll.

Bleiben wir vorerst hier stehen; denn schon diese Einleitung und die ersten zwei Punkte setzen eine lange geschichtliche Entwicklung voraus, deren Spuren wir verfolgen müssen, wenn wir über das Gesagte in's Klare kommen wollen. Was vorab den „libellus“ oder „rotulus“ betrifft, der nach der Einleitung die bisherigen kirchlichen Rechte und Gewohnheiten der Stadt enthalten habe, so wissen wir von ihm nur, dass sich Bürgermeister und Rath öfters darauf berufen; ihn selbst eingesehen haben wir nicht, und er scheint auch überhaupt nicht mehr vorhanden zu sein. Es heisst, er sei *cum consensu*, dann *ordinario loci et nemine contradicente* abgefasst worden, da er auch dem Klerus zum Nutzen gereiche. Das „*non contradicente*“ scheint uns das Richtige zu sein. Denn als die Regierung sich ebenfalls auf einen alten derartigen Vertrag berief, schreibt ihr Bischof Thomas 1492: sie möge ihm denselben mittheilen; er wisse nichts davon¹⁾. Mit diesen Gewohnheitsrechten hat es eben bis in die neuere Zeit eine eigene Bewandniss — sie zu fixiren und rechtlich zu begründen war immer mit Schwierigkeiten verbunden. Wir dürfen übrigens als ganz wahrscheinlich annehmen, dass Alles, was man damals darunter verstand und was grössere Bedeutung hatte, gerade in der vorliegenden

¹⁾ Brief vom 26. August 1492 im Staatsarchiv Zürich.

Eingabe zusammengefasst sei, wie es die Einleitung selbst andeutet.

Die zwei ersten Punkte beziehen sich hauptsächlich auf die Besetzung der Pfründen am grossen und Frauen-Münster und im Stift Embrach. Sixtus IV. hatte durch Privilegium von 1479¹⁾ der Regierung von Zürich das Recht eingeräumt, alle Pfründen an diesen Stiftern, auch die in den päpstlichen Monaten ledig fallenden zu besetzen. Sixtus beobachtete dies Privilegium genau. Denn im folgenden Jahr empfahl er der Regierung selbst den Johannes Zwick zur Berücksichtigung, welchem er die Ekspektanz auf die erste ledig fallende Chorherrenpfründe gegeben²⁾. Später muss aber die Curie versucht haben, von sich aus die Pfründen wieder zu besetzen und für die von der Regierung Präsentirten höhere Taxen zu fordern. Daher will unsere Petition, dass der Regierung das volle Wahlrecht gesichert bleibe und die von ihr Gewählten, wie die früher vom Papst Eingesetzten, und nicht höher belastet werden.

Als dritten Punkt der Petition sehen wir den Wunsch, dass der Rath, wie es bei den Laien üblich ist, so auch beim Todesfall eines Klerikers sein Haus durch eine Kommission untersuche und wenn nöthig schliesse, und dann zuerst die Kreditoren befriedige und hierauf die nächsten Verwandten als Erben einsetze. Hiebei sind vorzüglich zwei Dinge in's Auge zu fassen. Erstlich war in manchen Fällen nach dem kanonischen Recht der Bischof oder die Kirche Erbin, und wir finden darüber viele Streitigkeiten zwischen Regierung und Bischof, wie in Zürich, so anderwärts. Dies sollte nun beseitigt und einfach das gewöhnliche Recht auch für die Kleriker eingeführt werden. Dann steht dieses Verlangen nach der Erbtheilung offenbar auch in Verbindung mit der Frage über die Testamente der Geistlichen, worüber man sich lange nicht einigen konnte. Endlich 1491 wurde eine Uebereinkunft zwischen der Regierung

¹⁾ Gedruckt im Geschichtsfreund Bd. XXXIII. S. 46 ff.

²⁾ Schreiben auf Pergament v. 14. Januar 1480. Staatsarchiv Zürich.

und dem Chorherrenstift unter Vermittlung des Bischofs von Konstanz getroffen, wornach die Testamente zu frommen und wohlthätigen Zwecken frei sein sollten: andere Testamente aber müssen dem Rathe vorgelegt werden, welcher befugt ist, dieselben aufzuheben, zu mindern und zu ändern¹⁾.

Unter Nummer IV wird verlangt, dass, wenn Chorherren oder andere Geistliche sich schwerer Verbrechen schuldig machen und desswegen in's Gefängniss gelegt werden, dann aber vor ihrer Bestrafung entfliehen, man die Einkünfte der indess vacirenden Pfründe nicht zu Privatzwecken verwenden soll, sondern für die Kirchenfabrik oder die Pfründe. Aehnliche Beschwerden finden wir in einem deutschen Entwurf über die Verwaltung am Chorherrenstift, etwa von 1480. Hier wird geklagt, die Präsenzen der Abwesenden werden von den Chorherren, statt dem Bau- fund zugewendet zu werden, unter die Anwesenden vertheilt, wie sie auch den Erlös vom Verkauf des Kirchensatzes in Cham ebenso unter sich getheilt haben.

In Nummer V wird die Gerichtsbarkeit über die Geistlichen bei geringern Vergehen verlangt. Als solche werden genannt begangen *cum gladium evagationibus, rixis, jurgijs, blasphemijs und dgl.*, also Schwertzucken, Realinjurien, Schmähungen und Lästerungen und Aehnliches. Ueber alle diese Fälle soll der Bürgermeister und Rath richten und die nöthigen Strafen verhängen, ausgenommen, wenn die Exkommunikation eintritt, wo dann der Bischof zu richten hat. Hierüber theilte Herr Staatsarchivar Dr. J. Strickler uns ein interessantes Aktenstück aus dem Stadtbuch von Zürich mit²⁾. Es ist ein Uebereinkommen zwischen Bischof Hugo von Hohenlandenberg und der Regierung von Zürich vom 27. Januar 1506, worin das oben Verlangte wesentlich zugestanden wird, sofern es Zerwürfnisse betrifft zwischen Pfaffen und Laien im Kreis zürcherischer Gerichtsbarkeit. Die Bussen, in welche die Geistlichen verfällt werden, fallen dem

¹⁾ Beilage II.

²⁾ Beilage III.

Bischof, die von den Laien der Regierung zu. Dass der Bischof diesen Vertrag, der von Zürich 1523 ausdrücklich gekündigt wurde, anerkannt und vollzogen habe, können wir aus mehreren Schreiben desselben erhärten. So berichtet Hugo von Hohenlandenberg der Regierung von Zürich unterm 29. Juni 1506: bei dem in Zürcher Gerichten aufgelaufenen Frevel des Priesters Konrad Holzhalb und des Zürcher Burgers Heinrich Brenner wolle der Bischof letztern der Regierung nach früherer Uebereinkunft überlassen und dies Holzhalb zur Nachachtung kund thun. Dagegen ersucht Hugo am 25. Juli 1506 die Regierung von Zürich, abzustehen von dem Handel des Schultheissen Heinrich Stainer zu Rapperschwyl gegen den Priester Johannes Esslinger „ains Schmächs oder Fräfels halben“. Stainer sei nicht in den Zürcher Gerichten gesessen, und die Uebereinkunft zwischen Regierung und Bischof wegen Freveln zwischen Priestern und Laien in Zürcher Gerichten beziehe sich auf ihn nicht. Die Sache komme also rechtlich vor das bischöfliche Gericht¹⁾. Dass die Ausnahme beim Eintreten des Bannes beobachtet wurde, zeigt uns ein Schreiben des bischöflichen Notars Leonhard Altwegger vom 15. Dezember 1510²⁾. Obrigkeitliche Personen hatten bei einem nächtlichen Tumult auch einige Weltgeistliche ergriffen und in's Gefängniss gelegt, wodurch sie den kanonischen Strafen verfielen. Sie baten nun um Absolution, und diese wird ihnen auch versprochen. Darnach würden immerhin alle Vergehen, die von Geistlichen, ohne dass Laien dabei betheiligt sind, begangen werden, unter die bischöfliche Jurisdiktion fallen. Dass aber die Regierung auch in Fällen, wo nur Geistliche betheiligt waren, ihre Jurisdiktion entgegen der Uebereinkunft geltend machen wollte, beweisen uns mehrere Schreiben des Bischofs Hugo von Hohenlandenberg. So hatten Abt Heinrich von Rheinau und Johann Abendt, Vikar zu Jestetten, ihren „Handel“ vor

¹⁾ Beide Schreiben im Staatsarchiv Zürich, und ähnliche vom 20. April 1507, 14. Oktober 1507 u. s. w.

²⁾ Staatsarchiv Zürich.

dem bischöflichen Official in Konstanz anhängig gemacht. Abendt aber vermochte die Regierung von Zürich, beide vor sich zu laden. Der Bischof ersucht nun die Regierung, hievon abzustehen, da die Jurisdiktion über geistliche Personen ihm zustehe¹⁾. Als der Chorherr auf dem Heiligenberg zu Winterthur und Kirchherr Nikolaus Stainer zu Buch, welche der bischöfliche Rath „letzthin gütlich vertragen und abschaiden lassen“, auf Mittwoch nach Galli vor die Regierung geladen wurden, richtete Hugo ein ähnliches Schreiben an sie zur Wahrung seiner Jurisdiktion über geistliche Personen²⁾.

Die sechste Bitte, welche an den Papst gestellt wird, betrifft die Streitigkeiten wegen Zehnten, Zinsen, Gefällen u. dgl., die sowohl zwischen Stiftern und geistlichen Personen, als auch zwischen diesen und Laien entstehen. Diese Streitigkeiten alle sollen vor Bürgermeister und Rath zur Entscheidung kommen. Ueber diese Frage hat viel Streit gewaltet; der Bischof beanspruchte vermöge des kanonischen Rechtes die Jurisdiktion, die Regierung laut Herkommen und Zweckmässigkeit. Einen friedlichen Vergleich über diese Streitfrage kennen wir nicht. Thatsächlich scheint jedoch die Rechtsprechung über diese Gegenstände überwiegend an die Regierung übergegangen zu sein. Dafür sprechen die Rathsmannuale. In dem ersten Halbjahr von 1510 werden vom Rath zehn Fälle entschieden, und zwar verschiedener Art. So zwischen dem Abt von Rüti und dem Vogt von Grüningen; zwischen dem Abt von Rüti und der Aebtissin von Tänikon; zwischen der Kirchenpflege von Rümlang und dem Heini Hegeler³⁾.

Septimo: Da Stifte und geistliche Personen den Schutz des Staates und die Wohlthaten desselben geniessen, so möge es Bürgermeister und Rath gestattet sein, bei Kriegen für den apostolischen Stuhl, das hl. römische Reich oder das Vaterland,

¹⁾ Schreiben vom 20. Juni 1517. Staatsarchiv Zürich.

²⁾ Schreiben vom 15. Oktober 1517. Staatsarchiv Zürich.

³⁾ Manual I. Under Herr Mathyas Weys, Burgermeister. Anno 1510.

und wenn man den Bürgern Steuern — Talleas — auferlegt, auch von den Geistlichen nach ihrem Vermögen Steuern zu fordern und ihnen nöthigenfalls im Krieg die Stellung von Saumthieren und Pferden zu befehlen. Diese Steuerfrage hat schon im 13. Jahrhundert Streitigkeiten hervorgerufen; in helle Flammen brachen sie aus im 14. Jahrhundert zur Zeit Philipp's des Schönen von Frankreich und dauerten in den folgenden Zeiten fort, bis endlich in unserer Epoche die Geistlichkeit auch hierin vom Staate unter das gemeine Recht gestellt wurde. Zürich nahm hieran nicht geringen Antheil. Schon 1228 brach ein Zwist hierüber aus, der von Kaiser Heinrich VII. und dem Bischof von Konstanz zu Gunsten der Steuerfreiheit der Geistlichkeit entschieden wurde¹⁾. Dass die Geistlichkeit hieran festhielt bis zur Zeit der Reformation, beweist uns Probst Felix Frei noch 1526. In diesem Jahre liess er am 28. März durch den päpstlichen und kaiserlichen Notar Johannes Widmer die Urkunde des Bischofs Konrad von 1230²⁾ auf Pergament kopiren, und diese Kopie ist noch im Staatsarchiv Zürich aufbewahrt. Eine Erledigung dieser Streitfrage durch friedliches Uebereinkommen ist uns nicht bekannt.

Nummer VIII enthält das Begehren, es möge dem Bürgermeister und Rath das Recht eingeräumt werden, dass sie nach Gutfinden von den Klöstern und Kollegiatkirchen oder ihren Obern und Leitern Rechnung abverlangen, ihnen Verwalter setzen und dass diese, was ehrsam und recht und für diese Stifte nützlich, anordnen und letztere zur Ausführung desselben anhalten dürfen, wie es bisher üblich gewesen. In dieser Frage sind wir hinlänglich aufgeklärt, und es ist keinem Zweifel unterworfen, dass das hier beanspruchte Recht im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts bis zur Reformation in bedeutendem Umfang ausgeübt wurde. Hinsichtlich der Abtei Zürich haben wir hiefür Beweise genug, wo ihr ein Ammann und Pfleger vom Rathe gesetzt wurde³⁾.

¹⁾ G. v. Wyss, Geschichte der Abtei Zürich S. 63.

²⁾ A. a. O. gedruckt Beilage 76.

³⁾ Z. B. a. a. O. Beilage 480 vom Jahr 1470.

Ebenso betreffend das Stift Embrach¹⁾. Auch die Klöster erhielten ihre Pfleger. 1486, Montag vor Bartholomäus, beschliessen die Rätthe: „Es haben sich beyd Rätt erkennt. Das die frowen am Öttenbach fürerhin zwen Pfläger haben. Die by Iren Rechnungen Jerlich sitzen. und die frowen an sy kein Rechnung tan noch In weltlichen sachen. und geschefft berurt. utzit farnemen. noch handdellen sollen. än derselben Pfläger Rat. wissen. und willen. und das sölichs unabläschlich bliben. und bestan sol. und sind daruff zu Pflägern geordnet.

Her Burgermeister waldman

Felix keller der Ellter.

Und sol mit den frowen am Öttenbach geredt werden. dem also nachzukommen“²⁾).

Als neunte Bitte erscheint das Begehren, eine Art polizeilicher Oberaufsicht über die Zusammenkünfte der Geistlichen mit Verhängung einiger Strafen üben zu dürfen. Wenn nämlich Geistliche in bestimmten Lokalen oder in ihren Häusern Zusammenkünfte halten, sei es auch in ihrer Schreibstube oder auf der Propstei, und wenn sie dabei zu Streitigkeiten und strafbaren Ueberhebungen sich verleiten lassen, dass dann Bürgermeister und Rath sie, wie andere Bürger, mit Geldstrafen belegen dürfe. Es ist dies eine neue Beschränkung der Immunität der Geistlichen und der für sie gefreiten Stätte ihrer Wohnungen. Dass das hier beanspruchte Recht auch wirklich ausgeübt wurde, dafür haben wir mehrere Beweise. Erstlich schlägt hier ein die genaue Verordnung, welche der Rath 1485 für die Chorherrenstube erliess³⁾. Darin wird nicht nur das Verhalten auf dieser Stube und ihre Oeffnung und Schliessung geregelt; sondern es werden auch die Geldstrafen gegen Uebertretung der Verordnung festgesetzt. Auch bei auffallenden Missbräuchen

¹⁾ Vgl. Geschichtsfreund Bd. XXXIII. S. 15.

²⁾ Manual I. Under Herr Johannes Waldmann. Burgermeister. Anno 1486. S. 14.

³⁾ Beilage IV.

erachtete es die Regierung als ihres Amtes, mit den betreffenden Geistlichen „zu reden“, oder dem Bischof die Sache mitzutheilen. So lesen wir im Rathsbuch von 1486: „Und sol mit den frowen an Öttenbach geredt werden. dem also nachzukommen. Darzu das schiken so sy übertag den Predigern. In Häffen. und fass tand. und allen unziemlichen hanndel. und wandel miden. Desglichen sol mit den Predigern ouch geredt werden. das gelouff. und überfaren an Öttenbach zu miden. Zu sölichem sind geordnet

Herr Burgermeister Roüst.

Meister Reichli, Meister Widmer“¹⁾.

Bischof Hugo schreibt am 5. Juli 1518 an die Regierung von Zürich, er habe ihr Schreiben über das ungebührliche Betragen des Priesters Johannes Frimann im Kloster Fahr erhalten und denselben seinem Fiskal zum Strafprocess überwiesen²⁾. Ebenso nahm auch der Bischof in dergleichen Fällen bisweilen die guten Dienste der Regierung in Anspruch. So ersucht Bischof Hugo die Regierung von Zürich, den bei ihm anhängigen Streit zwischen dem Leutpriester Jakob Näf von Affoltern und Schultheiss, Rath und Kirchenpflege von Bremgarten gütlich zu vermitteln, um grössere Kosten und die längere Abwesenheit des Pfarrers zu vermeiden³⁾.

Zehntens wird verlangt, dass Bürgermeister und Rath jene Geistlichen, welche sich eines schweren Verbrechens schuldig machen oder dessen angeklagt werden, in's Gefängniss legen und dort drei Tage gefangen halten dürfen, um sie nach Befund des Falles entweder dem Bischof zu überliefern oder sie frei zu lassen, und dass die so Verhafteten die erlaufenen Auslagen zu erstatten haben. Für Luzern und Württemberg kennen wir urkundliche Privilegien dieser Art vom Bischof von Konstanz⁴⁾; wahrscheinlich besass auch Zürich ein solches, das wir jedoch nicht gesehen haben.

¹⁾ Manual II. Montag vor Bartholomäus 1486.

²⁾ Staatsarchiv Zürich.

³⁾ Schreiben vom 14. Sept. 1518. Staatsarchiv Zürich.

⁴⁾ Vgl. Geschichtsfreund Bd. XXXIII. S. 11.

Eilftens sollen die Geistlichen ihre Häuser in gutem Stand erhalten und, wie andere Bürger, hiezu, sowie zu nöthigen baulichen Veränderungen unter Auferlegung einer Busse von Bürgermeister und Rath angehalten werden können.

Zwölftens: Da oft Eehändel entstehen und Scheidungsklagen, und zwar aus Hass und Leichtfertigkeit, und da sich solche Leute nicht gütlich weisen lassen wollen, so möge Bürgermeister und Rath das Recht zugestanden werden, denjenigen Theil, welcher seine Klage nicht erweisen kann und daher beim bischöflichen Gerichte unterliegt, mit 5 fl. zu bestrafen. Was Zürich hier verlangt, das war anderwärts, z. B. in Bern, auch in Uebung ¹⁾. Der Bischof von Konstanz aber protestirte wiederholt gegen dieses Vorgehen der Regierungen und ihre sonstige Einmischung in Eehändel. Die weltlichen Gerichte sprachen zwar nicht über das Band der Ehe ab, wollten sich aber die Jurisdiktion über die vermögensrechtliche Seite vorbehalten. Als Beispiel führen wir den Prozess der Katharina Müllerin und des Welti Huber von Bonstetten an. Der bischöfliche Offizial hatte sie vorgeladen „wegen der hl. Ehe, des blumens, und der kindpeth“; das Gericht von Bonstetten jedoch nöthigte die Katharina Müllerin zu schwören, für die zwei letzten Punkte das Recht in Bonstetten zu suchen. Der Bischof machte dagegen geltend, diese Punkte hangen mit der Ehe zusammen und seien immer vom bischöflichen Offizial behandelt worden: die Regierung möge daher ihre Amtsleute und Richter in diesem Sinne instruiren ²⁾. Dass aber dem Bischof nicht entsprochen worden, zeigen ganz ähnliche Fälle, die 1518 in Wetzikon, 1520 in Kyburg vorkommen. Ueberhaupt scheint nach dieser Richtung trotz wiederholter Versuche eine Verständigung zwischen Bischof und Regierung nie gelungen zu sein. Das Staatsarchiv Zürich hat noch ein Projekt dieser Art aufbewahrt, welches Bischof

¹⁾ Vgl. Frickart, Zwingherrenstreit — in Quellen der Schweizergesch. I. Basel 1877. S. 83. Eidgen. Abschiede III. 1. S. 476.

²⁾ Schreiben Hugo's vom 21. März 1517. Staatsarchiv Zürich.

Hugo der Regierung 1513 vorlegte. Weil letztere leichtsinnige Eheprozesse, besonders auch hinsichtlich der Sponsalien, verhindern wollte, so würden nach dieser Vorlage an das bischöfliche Gericht gelangen die Händel: 1) wenn die Eheleute selbst Erläuterung verlangen; 2) wenn Jemand vom Beichtvater dahin gewiesen wird; 3) wegen Freundschaft, Gevatterschaft, Magenschaft. Dagegen soll die Regierung die Sache beurtheilen, wenn eine Partei die andere gefährlich mit Wort oder Werk betrügt oder umtreibt, und der bischöfliche Offizial dies erkennt: — da mag die Regierung strafend einschreiten. Unter dieser Eingabe steht aber: „Ist von minen Herren nit angenommen“. Für die Einleitung zu den Eheprozessen, Verhörung der Zeugen u. s. w. hatte der Bischof einen Kommissar in Zürich¹⁾. Seit 1502 bekleidete Heinrich Uttinger dieses Amt, der dann zur Zeit der Reformation wieder im Ehegericht thätig war²⁾.

Der dreizehnte Punkt betrifft die Stiftung von Jahrzeiten am grossen und Frauen-Münster. Man konnte Jahrzeiten durch die Chorherren abhalten lassen oder durch die Kapläne. Letzteres erforderte ohne Zweifel ein kleineres Stiftungskapital, ohne dass damit dem Zwecke der Stifter Abbruch gethan wurde. Es wären daher weitaus die grössere Zahl der Jahrzeiten bei den Kaplänen gestiftet worden. Um dies zu verhindern, wurde die Regel von den Stiftern aufgestellt, dass nur diejenigen bei den Kaplänen ein Jahrzeit stiften dürfen, welche vorher schon eines bei den Chorherren gestiftet hatten. Es wird nun das Gesuch gestellt, diese Regel aufzuheben, weil sie der freien Entscheidung bei solchen wohlthätigen Werken im Wege stehe.

Ultimo: Die Mitglieder der Kapitel am grossen und Frauenmünster und im Stift Embrach beginnen oft Prozess und Fehde unter sich oder mit Andern; die Kosten hievon werden dann von den gemeinschaftlichen Einkünften des Stiftes bezahlt. Dagegen wünscht nun Bürgermeister und Rath, dass die Streiten-

¹⁾ Vgl. Geschichtsfreund Bd. XXXIII. S. 49 u. 50.

²⁾ Mörikofer, Zwingli I. S. 260.

den selbst die Unkosten solcher Prozesse u. s. w. zahlen sollen, weil dadurch letztere vermindert werden, und weil die Nichttheilnehmenden auch nicht in Schaden kommen sollen. Aehnliche Klagen über eigennützige Ausbeutung des Stiftsgutes durch die Chorherren finden wir auch in dem oben berührten Entwurf für Anordnung einer bessern Verwaltung am grossen Münster etwa um 1480. Dort wird gesagt, man bezahle die vom Bischof verhängten Bussen durch die Einkünfte des Schenkhofes; auf diesen werden auch die Kosten beim Verlust von Prozessen geschlagen; dagegen theilen die Chorherren allfälligen Gewinn unter einander.

Zum Schluss wird noch einmal angeführt, dass all' das Genannte nur aus bester Absicht zur Ehre Gottes und im Interesse des Friedens und Wohlvernehmens zwischen Geistlichen und Weltlichen verlangt werde, und dass alle diese Punkte schon seit unvordenklicher Zeit in Uebung seien. Dann wird an den hl. Vater noch die Bitte um Lossprechung von allen Censuren gestellt.

Wenn wir noch einiges Wenige hinzunehmen, das theils durch kirchliche Privilegien, theils durch Anordnung des Rathes in's Leben trat, so werden wir die Magna Charta des zürcherischen Staatskirchenrechtes, wie es sich in der Zeit von den Burgunderkriegen bis zur Reformation gestaltete, wohl in ihren Grundzügen vor uns haben. Als ein kirchliches Privilegium wurde hochgeschätzt die Bestimmung, dass kein Chorherr mehr als zwei Monate abwesend sein dürfe, ausser der Studien wegen und bei ernstern Gefahren in Vertheidigung der kirchlichen Rechte, und dass die Einkünfte der Abwesenden an die für sie den Gottesdienst besorgenden Anwesenden vertheilt werden. Es war dies zwar nichts anderes, als eine genaue Vollziehung des kanonischen Rechtes selbst. Schon 1368 ordnete dies Bischof Heinrich von Konstanz so an¹⁾. Auf Bitten des Rathes und Verwenden des Kaisers Sigismund that es ebenfalls Papst Martin V.

¹⁾ Beilage V.

1417¹⁾. Von den folgenden Päpsten holte man Bestätigung ein.

Von sich aus trafen Bürgermeister und Rath auch einige Bestimmungen, ohne die kirchlichen Behörden zu begrüßen. Sie schränkten z. B. das Gabensammeln für kirchliche Zwecke ein. So lesen wir im Rathsbuch von 1486: „den frowen im Gfen ist erlopt, ein pettelbrief an Iren kilchen buw. und doch nit wyter dann In unsern gerichtten und pieten“²⁾. Dahin gehören auch die Beschränkungen im Erwerb von liegenden Gütern und Herrschaftsrechten. Ebenfalls unter Waldmann im Jahre 1486 treffen wir folgende Verordnung des Rathes: „Es haben sich beyd Rät erkennt. das fürerhin dhein Gotshus. Spittal, Closter Bruderschaften Noch eynich annder geistlichen Innerthalb oder usserthalb unnsere lanndschafft wonhafftig dhein ligent gut. höff. Zinss. Zechenden. Herrschaftten. Twing. Benn. gericht. nutz oder ewig gültt. In unnsere lannd gericht oder gebieten gelegen. kouffen. oder In dheinen anndern weg. an sich Ziehen sollen. desglich das all unnsere vögt und amptlüt. Inen dhein vertgung umb sölichs gestatten. oder gan lassen sollen“³⁾.

Bei dem im Ganzen guten Verhältniss zwischen geistlichen und weltlichen Behörden nahm man es gegenseitig nicht übel auf, wenn von der einen Seite der andern bei wichtigern Entscheidungen Vorstellungen und freundliche Mahnungen zukamen. Das wurde fleissig gethan, wie wir aus den noch vorhandenen Akten ersehen, und hatte auf den Gang der Dinge nicht geringen Einfluss. Wie ungezwungen auch noch kurz vor der Reformation der Verkehr zwischen imperium und sacerdotium in Zürich war, ersehen wir selbst aus kleinen Dingen. So schreibt Bischof Hugo 1497 an die Regierung, er wolle auf Sonntag Misericordiae eine Synode und seine erste bischöfliche Messe

¹⁾ Urkunde im Staatsarchiv Zürich.

²⁾ Manual 1. Under Herr Johannes Waldmann. Burgermeister. Anno 1486. S. 44. Samstag nach sant Marx tag.

³⁾ A. a. O. S. 58. Uff sambstag nach Viti et Modesti.

halten; Bürgermeister und Rath werden gebeten, seinem Vetter Gotthart von Landenberg und seinem Bruder Ulrich zu erlauben, in ihren Försten und Wildbännen jagen zu dürfen, um für das Fest das nöthige Wildpret zu erhalten¹⁾. 1512 schreibt der Prior der Augustiner, P. Caspar, an den Feldhauptmann der Züricher in Italien, Junker Jakob Stapfer, gibt ihm als Nachbar Nachrichten über seine Familie und bittet ihn um ein erobertes Fähnlein für ihre Kirche, da die Augustiner im Gebete fleissig seiner und der Züricher gedenken²⁾.

Hieher würde auch die wichtige, für die Zukunft entscheidende Frage über die Reformation in der Kirche gehören. Dem äussern Anschein nach wäre diese in Zürich nicht sehr nöthig gewesen. Wir finden da eine zahlreiche, wohl dotirte Geistlichkeit; ein neuer Eifer für Kirchenbauten macht sich geltend, sowie für Hebung der Kirchenmusik, wie der Bau der Wasserkirche und die Erstellung der neuen Orgel in dem Frauenmünster bezeugen; die Kirchenfeste werden mit grossem Glanz und in Anwesenheit von vielen Prälaten und Geistlichen gefeiert: — man hätte also meinen können, das religiöse Leben blühe kräftig empor. Allein dies wäre Täuschung. Eine starke Verwilderung der Geister mit einer Entsittlichung, die auch in's Heiligthum der Kirche eindrang, konnte von dem Schimmer des herrlichen, äusserlichen Kirchenlebens nicht verdeckt werden. Der Ruf nach Verbesserungen in der Kirche ertönte durch das ganze 15. Jahrhundert. Wiederholt ertheilten die Päpste den Bischöfen von Konstanz Vollmacht und Auftrag, die Welt- und Ordensgeistlichkeit zu reformiren. Die Regierung behauptete indess auch auf diesem Felde das Recht der Mitbetheiligung, so dass ohne ihre Beistimmung bedeutende Aenderungen vorab in Stiften und Klöstern nicht vorgenommen werden konnten. Bischof Hermann setzt 1470 eine bessere Ordnung für die Abtei Zürich auf, wie es ihm die Aebtissin und Bürgermeister und

¹⁾ Schreiben Hugo's vom 21. März 1497. Staatsarchiv Zürich.

²⁾ Schreiben vom 9. Juli 1512. Staatsarchiv Zürich.

Rath von Zürich übertragen¹⁾. Weil der Rath nicht einwilligt, unterbleibt die Reformation bei den Dominikanern²⁾. Daher sehen wir, dass der Bischof, wenn er eine solche Reformation vornehmen wollte, die Regierung in Kenntniss setzt und sie ersucht, derselben keine Hindernisse in den Weg zu legen, vielmehr ihn und seine Beauftragten hiebei zu unterstützen³⁾.

Prüfen wir noch Zürich's Staatskirchenrecht vor der Reformation als Ganzes in seinem Geist und Charakter, so dürften folgende Sätze hierüber mit ziemlicher Sicherheit aufgestellt werden. Von Seite der staatlichen Behörden treffen wir nirgends einen Angriff auf den Glauben, die Heilmittel und den Gottesdienst der Kirche. Wenn sie nach dieser Richtung etwas thun, so geschieht es nur, um die Feier des Gottesdienstes würdiger zu machen, wie wir es z. B. bei der Verordnung für die Chorherren am grossen Münster von 1485 klar sehen. Der Besitzstand der Kirche wurde gewissenhaft respektirt, und wo der Staat die Rechtsprechung über Zehnten u. s. w. in Anspruch nahm, treffen wir nirgends Spuren oder Klagen, dass Parteilichkeit den Entscheid gefällt habe. Dagegen suchte die Regierung allerdings einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die kirchlichen Verhältnisse in ihrem Gebiet auszuüben. Diesen Zweck glaubte sie dadurch zu erreichen, dass sie die Wahlen auf Pfründen in ihre Hand brachte, wie ja der hl. Stuhl selbst ihr alle Wahlen am grossen und Frauen-Münster und am Stift Embrach zusicherte. Zweitens suchte der Staat die Aufsicht über die Verwaltung der Kirchengüter und damit theilweise auch diese selbst auszuüben. Schien dies bisweilen von der Nothwendigkeit geboten, indem die Vermögensverhältnisse der Stifte zerrüttet waren, so geschah es doch auch aus andern Absichten. Wohl mag man dabei auch materiellen Gewinn im Auge gehabt haben, vorzüglich durch Heranziehung der Kirchengüter zu Steuern in

1) G. v. Wyss, Geschichte der Abtei Zürich, S. 447.

2) Mörikofer, Zwingli I. S. 68.

3) Geschichtsfreund Bd. XXXIII. S. 416 u. 417.

Kriegszeiten und für öffentliche Zwecke; indess deutet die ganze Richtung der Zeit darauf hin, dass es mehr die Ausdehnung der Oberherrlichkeit der Stadt galt, um ihre Macht und Herrschaft zu mehren und keine ebenbürtige oder auch nur ganz selbständige Korporation neben sich zu haben. Am Twingherrenstreit in Bern haben wir ein hervorragendes Charakteristikon dieser Zeitrichtung. Die Vaterstadt als einzige wahre Herrscherin im ganzen Umfang ihres Gebietes zu wissen oder wenigstens diesem Ziele möglichst nahe zu kommen, das war das stolze Streben des Bürgers. Daraus erklärt es sich leicht, warum geistlichen Personen und Korporationen ohne Bewilligung von Bürgermeister und Rath die Erwerbung von Gerichten und Herrschaftsrechten nicht gestattet und ebenso der Grundbesitz derselben beschränkt wurde. Mögen auch bei den kriegerischen und streitlustigen Zeiten zunächst Rücksichten für Aufrechterhaltung der Ordnung der Regierung es nahe gelegt haben, Polizeivergehen der Geistlichen selbst zu strafen und bei schweren Vergehen derselben sie vorläufig gefangen zu nehmen, so dürfte doch auch hiebei die Ausdehnung der polizeilichen und richterlichen Macht der Stadt auf Alle nicht ohne Einfluss gewesen sein. Ebenso bei dem Streben, die Streitigkeiten über Zehnten u. s. w. durch weltliche Gerichte zu entscheiden, und bei Eehändeln über die vermögensrechtlichen Verhältnisse. Und was hätte die Regierung für einen andern Zweck haben sollen, wenn sie bei der Reformation der Klöster und der Weltgeistlichen vom Bischof begrüsst und um ihre Mithilfe angegangen sein wollte? In dieser Zeitrichtung lag ohne Zweifel auch der Hauptgrund, warum die Reformation in Zürich verhältnissmässig leicht zum Siege gelangte.

Kehren wir am Schluss wieder zu unserm Ausgangspunkt, dem sogenannten Waldmannischen Konkordate, zurück, so können wir das Resultat unserer Untersuchung in diese drei Sätze zusammenfassen:

1. Das angebliche Waldmannische Konkordat wurde nicht geschlossen; dagegen besass Zürich einige Privilegien vom Papste,

ferner einige Rechte in kirchlichen Dingen durch Uebereinkunft mit dem Bischof in Konstanz, oder durch das Herkommen, oder durch Beanspruchung und Uebung von Bürgermeister und Rath.

2. Was man nun an kirchlichen Rechten wirklich besass oder doch in Vollzug zu setzen suchte, und noch dazu, was man sich für die Zukunft sichern wollte, all' dies fasste man, wahrscheinlich bei Anlass des Bündnisses mit Papst Julius II. 1510, in ein Ganzes, und verlangte in Rom die Genehmigung, welche aber nicht erfolgte. Diese Eingabe nach Rom enthält die Summe dessen, was damals die Regierung in kirchlichen Dingen anstrebte und somit die reife Frucht der vorreformatorischen Entwicklung.

3. Was nun in Wahrheit von Vielen und zu verschiedenen Zeiten nach dieser kirchenpolitischen Richtung hin gethan worden, das schrieb man dem einen Bürgermeister Hans Waldmann zu, der wirklich durch einige eingreifende Verordnungen Einzelnes davon geschaffen und der als der wahre Held erschien, welcher das Ganze nicht nur in seinem Geiste trug, sondern auch seine Anerkennung in Rom bewirkte.

So haben wir hier wieder Wahrheit und Dichtung in lebendigem Verein. Was der Verstand als ein Vieles erkennt, vereinzelt nach Personen und Zeiten im Gange der Dinge, das fasst der vorwärts blickende Geist des Staatsmannes in ein Gesamtbild, das noch aus Licht und Nebel besteht, von der kombinirenden Phantasie des Historikers aber als volle Wirklichkeit angeschaut wird. Doch auch dieses Bild steht im Rahmen geschichtlicher Wahrheit: — es spiegelt sich in ihm eben der ganze Charakter der Zeit am Abschluss dieser Periode der Geschichte.

B e i l a g e n ¹⁾.

I.

Beatissime pater. Est in liga Elvetiorum opidum insigne Thuregum nominatum, cuius incole certe S. V. et sedis apostolice ferventes devoti et assidui sunt servuli, et in eodem opido longo pro tempore ecclesia collegiata seu prepositura sanctorum Felicis et Regule, etiam abbatia una cum parochialibus et alijs ecclesijs et capellis erecte sunt fundate et dotate, adeo ut non parvus presbyterorum numerus ibidem existat. Cum autem, pater beatissime, dicti opidi incole tam boni et fideles sint christiani, ut presbyteros clericos et ecclesiasticas personas et divinum maxime cultum ferventi et magna devotione amplectantur: cum siquidem clerici et laici ibidem multum in publicis et privatis honestarum conventionum et conversationum sibi invicem se commiserant: Ne ergo suadente salutis humanæ inimico aliquando rixe scandala contentiones oriantur, et si orientur, plus pacifice sedentur, veriusque etiam status et honor pacifice tranquille et quiete cum alio conversetur et construatur, ab antiquo magister civium et consules de maiori consilio dicti opidi cum consensu tunc episcopi Constantiensis pactorum et conventionum libellum inter si contraxerunt, quosupra nonnulli laudabiles articuli laudabilesque consuetudines per supradictos magistrum civium et consules unacum presbyteris et clericis supradicti opidi ordinati introducti et tanto tempore, cuius contrarium in hominum memoria non existit observati et usitati fuerunt ordinario loci, et nemine contradicente, cum non in preiudicium cleri, ymmo in eius utilitatem amicitiam pacem et tranquillitatem clericorum et laicorum cederent, infrascripti videlicet tenoris. Inprimis itaque dum magister civium et consules opidi predicti alicui beneficium aliquod contulerint, et sic presentatus fuerit et possessionem adeptus: quod ex tunc non propter collationem sibi factam, sed pro regalibus officialium ipsis officialibus iuxta antiquam ordinationem et consuetudinem persolvere debeat. Secundo ut nullus curialium nec aliqua persona ecclesiastica quacunque etiam dignitate constituta aut qualitercunque graduata vel qualificata, beneficia in eorum opido districtu et dominio sita, ac apostolico mense vacantia et iuxta indulta etc. ad eorum collationem spectantia quovis modo impetrare possi-

¹⁾ I, II, IV, V sind aus dem Staatsarchiv; III ist eine Abschrift aus dem Stadtbuch von Zürich.

dere assumere, et ipsos preter eorum voluntatem in huiusmodi beneficijs et eorum collationibus inquietare aut molestare attemptet audeat presumat nec debeat, prout est in usu. Tertio, cum hactenus laudabili consuetudine introductum sit, ut mortuo cive incola aut subdito opidi et eius districtus et dominij: per magistrum civium consules aut officiales ad hoc deputatos domus revidentur et si opus fuerit clauduntur et in primis creditoribus satisfacere consulitur, demum heredes qui proprios sunt et potiores instituuntur, ut ergo simili mortuo preposito scolastico cantore canonico plebano seu quolibet alio presbytero, in dicto opido eius dominio et districtu habitante, facere disponere domum claudere, creditoribus satisfacere et heredes iustiores — propinquiores instituere possint, prout loco tempore usitatum est. Quarto, si aliquis canonicorum et presbyterorum in opido districtu et dominio prefato habitantium, enormi crimine aut maleficio se innodatum aut culpabilem reddiderit, caperetur privaretur iustitia simularetur, aufugerit, aut se propter delicta absentarit: ut ergo donec et quousque beneficium suum alteri collatum vel alter in locum institutus fuerit: canonici et alij presbyteri fructus redditus et proventus beneficij sic vacantis et non possessi, non ad usus proprios et privatos, immo ad fabricam restaurationem et utilitatem ecclesie in qua beneficium sic vacat, vel beneficij sic vacantis convertere. Quinto, quod ipsi magistrum civium et consules dicti opidi, omnes et singulos presbyteros in opido districtu et dominio eorum habitantes, qui civiliter hoc est cum gladiatorum evagatione, rixis iurgijs blasphemijs vel alijs similibus que vero criminalia non sunt autem vero dementiora, inter se vel clericus cum laico delinquent, et que prout alios cives incolas et subditos suos punire, eis que penas civiles iniungere et pecuniarias ab eis exigere possint, salvo tamen in hoc, si excommunicatio interveniret et ordinarij iure, salvo etiam in hoc libello seu rotulo inter clericos et opidum predictum dudum ut prefertur contracto et conscripto. Sexto, si inter monasteria collegiatae aut alias ecclesias vel personas spirituales vel ecclesiasticas vel et inter clericos et laicos super decimis censibus redditibus proventus ipsis, in opido districtu et dominio prefato proveniret questionum materia aut lis exoriretur: que iuris decisione indigerent: quod tales spirituales et ecclesiastice persone se invicem coram nullo iudice nisi magistrum civium et consulibus prefatis ratione et occasione productorum in iudicio vocare aut trahere aut convenire debeant, nisi per eos ad alium iudicem remissi fuerint, prout antiquitus introductum et usitatum est. Septimo, cum monasteria ecclesie presbyteri omnesque et singuli spirituales vel ecclesiastice persone in opido districtu et dominio predictis habitantes, que bene, prout ceteri cives incole et subditi defensi sunt, et civilibus gaudent privilegijs: ut ergo magistrum civium et consules prefati, quando eos, vel pro s. Romana ecclesia

vel pro sacro Romano imperio vel pro republica militare contigerit, et sic civibus ipsis talleas imponere contigerit, a monasterijs et quibuscunque spiritualibus et ecclesiasticis personis in eorum opido districtu et dominio habitantibus, talleas exigere, ipsos bellicas expensas imponere, somas aut equos ad necessaria conferenda tribuere dare et committere iuxta eorum bonorum qualitatem et necessitatis exigentiam, prout alijs civibus possint et valeant. Octavo: ut dicti magistracivium et consules totiens quotiens ipsis necessarium et expediens visum fuerit, a quibusvis monasterijs et ecclesijs collegiatis in eorum opido districtu et dominio constitutis seu eorum rectoribus gubernatoribus superioribus et officialibus rationem petere et videre yconomos ponere ipsosque, ut ea que licita honesta ipsorum monasteriorum ecclesiarum utilitates sint perficiant, precipere et eos ad hoc cohercere possint, prout laudabiliter introductum usitatum et locis spiritualibus utile et necessarium fuit. Nono: qui in opido districtu et dominio sepe dictis presbyteri spirituales ecclesiarum persone locos deputatos conventionum suarum habent, aut aliquando in eorum domibus conveniunt, aliquando inter se rixando civiliter delinquant, ut ergo sint super scriba eorum communi aut in domo prepositure Thuricensis, sive in quocunque alio loco convenerint inter se insolentias ac civilia delicta commiserint, a dictis magistracivium et consulibus puniri et ad pecuniariam penam prout alij cives regi possint iuxta excessus qualitatem ut est in usu. Decimo, si quisquam prepositus canonicus presbyter secularis vel regularis seu alia qualiscunque spiritualis et ecclesiastica persona in opido districtu et dominio prefatis aliquid enormis excessus vel criminis perpetrarit vel de illo accusaretur aut vocaretur, ut magistracivium et consules sepedicti talem ecclesiasticam personam capere apprehendere per triduum in carceribus detinere, demum ordinario loci transmittere aut iterum relaxare secundum excessus qualitatem aut prout de excessus veritate informati fuerint possint et valeant, et quod tales incarcerati et detenti teneantur ad refectionem expensarum in similibus habitarum. Undecimo, ut opidum Thuricense et territoria ei subiecta non ruinentur, et in edificijs detrimenta et scandala patiantur, consuerunt magistracivium et consules ibidem pro tempore existentes, omnes et singulos suos cives et incolas et subditos ad edificandas manutenendas et conservandas domos eorum totiens quotiens opus fuerit cohercere et eis hoc sub aliqua pena precipere, ut ergo simili necessitate postulante, cum spiritualibus et ecclesiasticis personis quibuscunque facere possint. Duodecimo: si in opido districtu et dominio supradictis ut sepius partes alique super matrimonij vinculo sese in litem trahunt vel invidia vel lascivia ducti ad prohibendum, ergo nec ad hortamenta proni sint et tempestive matureque de similibus pensent, pars que aliam super matrimonij federe convenerit, actionem suam probare non

poterit et sic succubuerit, supradictis magistrocivium et consulibus quinque florenos Renenses pro pena persolvere debeat, usitatum est. Tridécimo: sepius laici prefati opidi Thuricensis in ecclesia collegiata sanctorum Felicis et Regule vel in abbacia ibidem pro animarum suarum predecessorum et successorum suorum salute anniversaria per capellanos earundem ecclesiarum peragenda statuere et fundare vellent, contra quod earundem ecclesiarum canonici statutum fecerunt inhibens cappelanis, ne talia anniversaria suscipienda ducant seu etiam suscipiant nisi etiam per canonicos peragenda statuatur et fundentur; sepe autem fundandi facultas non se adeo extendit ut apud utrosque fundari possit. Cum itaque elemosine et alia similia pia opera ex libero debent procedere arbitrio, et fundantium bona voluntate, petunt magistrercivium et consules Thuricenses hoc statutum revocari annullari et deleri, et quod quilibet volens ut supra anniversarium vel anniversaria iuxta suam voluntatem hoc ordinare possit, et ad aliter faciendum per neminem coherceri valeat. Ultimo, si per capitula abbacie et prepositure Thuricensia vel capitulum Imbracense inter se vel contra alias ecclesiasticas personas, aut contra consilium opidi predicti aut alias personas, questiones et lites oriantur: quod ex tunc persone capitulares de similibus litibus et controversijs se intromittere volentes quilibet utique de bursa sua propria et non de proventibus communibus capituli litigare debeant, adeo ut qui conscientie morsu restrictus ad similia non consentiret vel se non intromitteret cum utilitatem habere non presumat, etiam damnum non patiatur.

Folgt dann die Versicherung der guten Absicht und der unvordenklichen Uebung des Verlangten — Supplicant .. oratores, dass all' dies vom hl. Vater gewährt werde mit der Bitte um Absolution von den Censuren.

Am Kopfe des Folioblattes steht: Decima Thuricensis; am Rand des Fusses: pro magistrocivium et consulibus de maiori concilio Thuricensi Constantiensis dioceseos perinonestum contra libertatem ecclesiasticam. Der Charakter dieser Schrift ist offenbar italienisch — wer ist der Schreiber?

II.

1491. Samstag vor St. Anton.

Wir nachbenemten Johann Krützlinger beider rechten doctor und official des bischofflichen hofs zu Costentz und Baltasar von Randegk hofmeister daselbs thuond kund allermenglichem mit disem brieff, als sich dann etlich irtung gehalten gehept hat zwüschen den erwirdigen hochgelerten und ersamen herren, dem bropst corherren und caplonen zur bropsty Zúrich an eim, und den strengen vesten fürsichtigen und wisen

burgermeistern und räten der statt Zürich am andern teil, von deswegen das die bemelten herren bropst, chorherren und caplonen meinten, das sy uss krafft gemeiner rechten und ir fryheitten sag, iren letsten willen und testament fry machen möchten, und aber dawider die genanten burgermeister und rät der statt Zürich vermeinten, das sy einen langharkoumen loblichen erlichen bruche gegen und mit herren bropst corherren und caplonen gehept hetten also das ir dheiner nichtzit verordnen verschaffen und vermachen sölt, er hete dann zuvor des, von einem burgermeister und rat verwilligung, das wir da uss befelch des hochwirdigen fürsten und herren hern Otto bischouven zuo Costentz unsers gnedigen herren beid obgenant partyen, nach vil gehabter muy mit ir wissen und verhengknusse gütlich und früntlich verricht und betragen haben. Und namlich also das nun hinfür ein jeder bropst corherr oder caplon ze der obbenanten bropsty verpfündt testieren und sinen letsten willen setzen und ordnen mag on vergünstung und erlöbung eins burgermeisters und rats der statt Zürich und was sy also in irem letsten willen und testieren verordnend oder verschaffend mit gloplichem schin, dem allmechtigen zuo lob und iren selen zuo heil an gotzhüser pfruonden spittal, siechenhüser, spenden almuosen und der glich gotzgaben, das sólichs ungerechvertigt und one verhindernus eins burgermeisters und rat der statt Zürich krafft haben sol: und daby bliben, was aber der benanten herren bropst chorherren und caplön einer, úber solichs und in ander weg verordnet, durch gunst frúntschafft oder ander ursachen, das dann sólich testierung und ordnung och one erlobung beschechen solle, doch das sólichs gemecht, dannethin für einen burgermeister und rat der statt Zürich gelegt werde, die sóllent und múgent sólichs besichtigen, und ob das zimlich beschechen und krafft haben sóll oder nit, macht haben zuo erkennen, mit mindrung oder endrung, nach irer rechtlichen erkandtnuss, und sol och sólich abred und táding wie vorstátt nieman uff dheinem teil einich abbrúch gebáren noch bringen an allen andern iren ehafftynen fryheitten und rechten in dhein weg, und sunder ob sich zwúschen inen mit worten oder sust ichtzit das unwillen und unfrúntschafft bringen mögen, erloffien hett, das sol dheinem teil von dem andern hinfür niemermer uffgehept noch zuo argem gedácht ald ermessen werden, und damit uff beiden teilen deshalb gütlich und früntlich bericht und vertragen sin, nun und hienach alle arglist und gfárd hierinn usgeschlossen und gantzlich hindan gesetzt. Und des alles zuo urkund und warer gezúgknúss, so hab ich obgenanter Baltasar von Randegk hoffmeister etc. min eigen insigel innamen min und des obgenanten mins mitgesellen diser zit gebresten halb des sinen offenlich an diser brievnen zwen glich lutende gehenckt, und doch unserm gnedigen herren von Costentz, och uns beiden und unsern erben one schaden. Wir Jacob von Cham dockter

und bropst der obbemelten bropsty des heiligen Römischen stuls prothonotario, und die chorherren und caplonen daselbs, och wir der burgermeister und rat der stat Zúrich bekennd alles des so diser brieff wiset und seit, und das es also mit unser verhengknuss wissen und willen beschechen und vollefürt ist, und das och demnach gegangen, und das also gehalten und vollzogen werden sol, und des zuo gezúgnúss so haben wir der bropst unser bropsty, och wir die chorherren für uns und die bemelten caplönen, unsers cappittels und wir der burgermeister und rat der statt Zúrich unser statt secret insigele, och offentlich an dise brieff hencken lasen, uns und unser aller nachkomen des zuobewisende. Das beschach zuo Zúrich am sambstag vor sant Anthonyentag, nach crists gepurt gezalt vierzehenhundert núnztzig und ein jare.

Pergamenturkunde mit den vier hängenden Siegeln.

III.

Vertrag zwüschen minem Herren von Costentz und minen Herren von Zúrich um fräfel, so sich begeben ussert der statt Zúrich, zwüschen pfaffen und leyen.

Artickel, so durch frids und schirms willen der priesterschaft und der leyen abgeredt sind um fräfel und unfug, so sich zwüschen inen erloufen möchten, usserhalb der statt Zúrich und doch in miner herren von Zúrich gerichteten und gebieten.

Am ersten, ob sich einich zerwürfnuss, mit worten ald werken, zwüschen pfaffen und leyen begäbe, dass da an dieselben priester von den leyen so wol frid oder stallung mög erfordert und genomen werden, und sy och so wol gegen leyen frid und stallung geben und halten sollen als leyen, bi der buoss, als das in der statt Zúrich richtbriefen verschriben stât, und under inen von alterhar gebrucht ist.

Zum andern, ob dhein fräfel ald unfuog gescheche, wie das wäre, einem priester von eim leyen ald herwiderum einem leyen von eim priester, sölich fräfel und unfuog sollen sy klagen einem burgermeister und rât Zúrich, der dann gwalt hat, und dann sol ein burgermeister und rât sy betagen, och sy gegen und wider einandern mit ir kuntschaft, wedrerteil die stellt, muntlich hören und die säch on gefarlich ufzug und hinderhalten usrichten bim eid, nâch der getât und nach dem anlass, als einen rât bedüecht und wie ir statt buossen sind.

Wurde aber ein fräfel ald unfuog nit klagt, sy hetten sich gütlich verricht, oder welten sust nit klagen, nütz dest minder mag ein rât von Zúrich dem fräfel und unfuog nachfragen und darum richten, als sy es

erfarend und nach irer statt gesetzt und ordnung, und doch so ein rât dem handel nachgat, und es nit klagt wirt, dass dann gericht werde nach der tât und nit nach dem anlass, und dass och die buoss falle uf den, so gefräfelt hat, und och alsdann kein party der andern ütizit büesse.

Und was buossen och also gefallen, es sig von frid versagen, fridbrüchen, schlahen, zucken, werfen, wunden ald ander unfuogen, warin das wäre, von priestern gegen leyen, da sol die buoss, so der priester verfallt, gefallen sin eim bischof von Costentz, und sinem collector, so ein bischof je zuo ziten Zürich hat, sölichs anzeigt werden, die buossen, so eim bischof gefallen, inzuonemen.

Was buossen aber also gefallen von den leyen gegen priestern, sölle die buoss gefallen sin einer statt von Zürich.

Und darin sind usgesetzt fräfel und unfuog, so das malifitz und hochgericht berüert, dass die priester eim bischof und die leyen einer statt von Zürich desshalb zuo strâfen zuogehören söllen.

Und harin ist och vorbehept minem herren von Costenz sin oberkeit in stucken, so den ban berüert. Ob sich begäbe, dass einich fräfel beschehen, derohalb der, (so) gefräfelt, in ban fiele, da sol derselb sich uf recht uss ban lösen und im zuo sym widerteil sin rêcht behalten sin, und falt der anlass uf sinen widerteil, so sol derselb in entschädigen.

Und dis ordnung sol also in kreften beston unz uf eins bischof von Costenz oder eins râts von Zürich abkünden. Doch wedrerteil das nit mer halten welle, dass der das dem andern ein halb jâr vorhin verkünde.

Actum Zürich uf sant Karolus abend anno etc. vi°.

Uf Samstag vor der herren vassnacht anno etc. xxij habent mine herren rât und burger disern harin verschribnen vertrag sins inhalts verstanden und gehört, und darauf sich erkennt, dass solicher vertrag unserm gn. herren von Costenz abgekündt, und söllind doch die buossen und fräfel, so in mitler zit, vor und e das halb jahr verschint, gefallen möchtind, lut des vertrags gericht werden.

IV.

Als langzithar zu dem gotzhus der bropstye Zürich, uff der stuben und loben daselbs, nit so schicklichs und ordenlichs, wesen gebrucht worden ist, von geistlichen und weltlichen personen, als aber billichen beschehen wêre, und umb das sólichs hinfür verkommen, und die geistlichen, als die, so zu der göttlichen heimlichkeit iren dienst zu fürsêhen, geordnet und erwelt sind dester bas, den almêchtigen got, in fridlichem und geruwten wêsen, geloben och erlangen mêgen, das sich glúck und sêld under inen erheben wêrd, so sind unser herren burgermeister und rât

der stat Zürich, inbrünstigklich bewegt worden, sölichs zu bedencken, und von inen etlich herren des rates darzu geordnet, mit herren dem bropst und den chorherren, des genannten gotzhuss, ernstlich zu redent, das sy ein erber ersamm zuchtig ordenlich und zimlich wêsen an sich nemmen, und in den emptern der kilchen, zu allen tagen, sy verdienen oder nit, sigen, nicht in dem krützgang, ald vor der kilchen in den emptern umbgangen spacieren, sunder helfen singen lesen, den gotsdienst fürdern, und thun, als die, so den wollust der zergengklichen wêlt, zu rugk gelegt haben, und dem allmêchtigen got, in geistlichem wêsen flissigklich und andächtigklichen dienen sôllen, als sy geistlicher wirde und ir pfründen wegen, des zu thun schuldig und pflichtig syen.

Und das och hinfür und ewenklich, uff der genannten stuben, und loben noch in der geistlichen húsern, dheinerley spilen, mit karten wúrfeln und anderm, von geistlichen noch weltlichen personen, nicht mer gethon werden sôlle, dann in dem fueg, ob und wenn, die chorherren und ander priester da in úrten, by ein andern wêren, und umb kurzwil gern, etwas mit einandern welten machen, das da sy, mit einandern karten ald im prêt spilen mögen, jedes spils umb einen angster oder umb ein schlêchte úrten und nicht darüber | und von weliche das úbersehen und nit gehalten wirt, das der jeglicher so dick er das úbersicht, j march silbers zu bus verfallen sin, und von ihm on alle gnad ingezogen werden sôlle.

Und so och die genannten chorherren, oder ander priester, also wie vor stat, mit einandern, im brêtt spilend oder kartend, wenn dann vesper gelút wirt, und die zu singend schier angehept werden sol, das sy dann alle uff hören, und die so also in der stat Zürich verpfrundt sind, in ir kilchen gon und da singen und lêsen sôllen wie vorgeschriben ist, und der knecht uff der genannten stuben die kartenspiel, och brêttspiel, als dann behalten, und des tags, nit wider herfür geben, noch thun lâsen in dheinen wêg by der vorgemelten buss.

Ob och her bropst, der chorherren ald priestern, einicher und ander bj inen gêrn uff der stuben oder loben, zu imbis oder nacht essen welten. sôllen und mögen die ir essen beschicken und inen nit da gekochet werden, es wêre dann sach, das ungefarlich iro sechss oder siben da sin welten, und ob iro nit mer ist, das dann denen da gekochot werden möge, was sy dahin köfend, und doch zimlich und der mas gefúret werden, das davon dhein schad beschêhe.

Und so sy och also wintter zit, nachts, in der stuben oder loben êssend, das sy alle darab gon sôllen, so der wachter âchte lút | , und summerzit, so in beider múnstern einem zu pêt gelút wirt, und als dann die stub und lob beschlossen, und dere deweders uffgethon werden, bis und morndis des rechten imbiss, es wêre dann sach, das iro etlich da zu imbis êssen welten.

Es sollen och hinfür, dhein brüder der dryen gotzhúser barfüsen brediger und ägustin, nit mer uff noch in die vorgeantten stuben oder loben zu dem win und in ürten gon, da mit inen im brêtt zu spilend, zu kartend noch sust.

Ob sich och fuogte, das dehein weltlich personen zu inen uff ir stuben oder loben gêrn gon, daby inen in ürten, oder mit inen zu imbis oder nacht essen welten, dz sy das wol tuon mögen, doch das sy dheinerley spilen tuon sollen.

Und doch so ist harinn usbedingt, das der vorgeantten herren bropsts und der chorherren amptlüt wol in die genantten stuben oder loben gon und da sin mögen wie priester.

Und von welichem der obgemelten stucken einichs úbersêhen und das nit gehalten wirt | das der iegliches och j march silbers zu bus verfallen sin, und die von im on alle gnäd ingezogen werden sölle, wie vorstât.

Uff Sambstag nach Mathej a° etc. lxxxv habent sich min herren burgermeister und rât erkendt das es bj diser ordnung nün und hinfür unabléslich beliben, die gehalten und vollstreckt werden sölle.

(1485.) Papier.

Aufschrift von der gleichen Hand: Ordnung der priesterschaft zu der probsty und der stuben daselbs.

V.

Heinricus Dei gratia episcopus Constantiensis universis et singulis presentes litteras inspecturis et quorum interest aut qui sua interesse crederint et quos infra scriptorum tangit aut concinit negotium, seu tangere aut concinere potuerit quomodolibet infuturum coniunctim et devisim salutem et sanctam in Domino caritatem. Cum officij nostri debitum requirat remediis salutaribus invigilare subditorum maxime et precipue in illis, per quos animarum saluti consulitur et ecclesie utilitatibus providetur, ut in ipsis divinus cultus attentius augeatur et utcunque Domino cum reverentia et veneratione debitis serviatur, nos prefatus Heinricus Dei gratia Constantiensis episcopus, qui desideranter in votis gerimus, ut divini numinis cultus in omnibus et singulis ecclesiis nobis subiectis prosperetur et laudabiliter perficiatur, decedentibus ad hoc honorabilium in Christo prepositi et capituli ecclesie sanctorum Felicis et Regule martirum Thuricensium unanimi voluntate et consensu, ad perpetuam rei memoriam, ac ob augmentum divini cultus et utilitatem dicte Thuricensis ecclesie, quam pre aliis collegiatis ecclesiis puro favore prosequimur deliberato animo et exacta scientia statuimus, volumus et etiam ordinamus, ut exnunc in antea post datam presentem omnes et singuli, qui canonicatus et prebendas in ecclesia Thuri-

censi predicta auctoritate apostolica in forma pauperum sive communi, necnon illi, qui auctoritate regali imperiali capitulari, seu quacunq̄ue alia auctoritate canonicatus et prebendas etiam post datam presentem fuerint pacifice assecuti in eadem ecclesia Thuricensi residentiam faciant personalem, et si non fecerint nisi causa studiorum vel propter metum qui cadere potest instantem absentes fuerint, dum tamen ille metus ortum habuerit propter iura ecclesie predictae manutenenda et defendenda, quod arbitrio nostro aut predictorum dominorum prepositi et capituli seu maioris partis ipsorum duximus relinquendum, et ille metus patuerit de iure aut de facto omnes et singuli fructus redditus et proventus tam in grossa quam in vino et in aliis quibuscunq̄ue exeuntibus et provenientibus ab olim in absentia canonicis non residentibus debiti eisdem penitus et omnino subtrahantur, inter canonicos ecclesie supradictae residentes more solito iuxta tenorem et ordinationem statutorum ecclesie prelibate dividantur, dolo et fraude in omnibus et singulis prescriptis hincinde semotis, ita tamen quod de fructibus redditibus et proventibus canonici non residentis supradicti pro eodem canonico deserviantur laudabiliter in divinis iuxta statuta et consuetudines eiusdem ecclesie Thuricensis. Alios autem canonicos tamen gratia speciali auctoritate apostolica quam permutationis in ecclesia prefata post datam presentem receptos et admissos, hortamur in Domino, ut in eadem ecclesia residentiam faciant personalem et prebendas suas deserviant seu deserviri procurent laudabiliter in divinis, sicut canonicam et nostram effuger evolverint ultionem, tamen quod omnes et singuli canonici prebendati ante datam presentem in eadem ecclesia Thuricensi recepti et admissi in suis iuribus et consuetudinibus remaneant et plena sicut antea gaudeant libertate. Volumus etiam, ut presens nostrum statutum inter alia statuta ecclesie Thuricensis prefate ponatur et redigatur in scriptis, et quod singuli canonici in antea in eadem ecclesia, in canonicos prebendatos, de novo recipiendi statutum supradictum, quemadmodum alia statuta et consuetudines eiusdem ecclesie Thuricensis in ipsorum receptione et admissione per se si presentes fuerint vel in ipsorum absentia per procuratores suos ad hoc legitime constitutos, et nichilominus per se postquam in eadem ecclesia presentes fuerint, jurent ad sancta Dei evangelia firmiter observare. In cuius rei testimonium presentes litteras sigilli nostri episcopalis appensione mandavimus communiri. Datum et actum Thuregi vii^o Idus mensis Februarij anno Domini millesimo trecentesimo sexagesimo octavo. Harum litterarum duo sunt paria, quorum unum penes dominos prepositum et capitulum, reliquum vero penes magistrum civium scabinos et consules oppidi Thuricensis predicti remanebit.

Pergamenturkunde mit hängendem Siegel.

Leere Seite
Blank page
Page vide